

wünschen übrig läßt. Immer wieder wird berichtet, daß es außerhalb der Dienststunden der ländlichen Fernsprechstellen nahezu unmöglich sei, in dringenden Fällen Telegramme aufzugeben, Hebammen, Arzt usw. herbeizurufen.

### Abgekürztes Verfahren

Da Ende März 1931 das Haushaltsplanjahr für den nächsten vom Finanzminister Dr. Hebrich im Landtag gegründeten Etat 1931 bereits an den Landtag gebracht werden soll, so ist für die Verabschiedung des gegenwärtigen Planes sehr wenig Zeit zur Verfügung, denn der Landtag kann erst im Januar in die Ausschüsse eintreten.

## Der Ansturm gegen Curtius abgeschlagen

### Aussprache über das Pensionskürzungsgezet

Deutscher Reichstag, Berlin, den 9. Dezember. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Pensionskürzungsgezetes.

Abg. Rohmann (Soz.): Man will nicht die wohlverordneten Rechte der Masse der Beamten angreifen. Bei der herrschenden Notlage sei es aber nicht erträglich, daß Großpensionäre auch dann alljährlich noch große Summen vom Reich und den Ländern erhalten, wenn sie daneben ein hohes Privateinkommen haben.

Das Gesetz dürfe nicht nur auf Reich, Länder und Gemeinden beschränkt sein; es müsse auch Reichsbahn und Reichsbank umfassen.

Abg. Sprenger (Natio.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß der Verrat von 1918 nur das Ziel hatte, Beamtenstellen für die Jungen freizumachen. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seien 20 Beamte ohne berufliche Vorbildung, Man denke dort nur an die Zutterkrüpe, während Dingelde im Dienst am Volk diesen Kreisen unbekannt sei.

Mit der Pensionskürzung werden den Beamten wieder einseitige Opfer zugemutet, während nichts geschieht gegen die Hochverräter, die ihr Kapital ins Ausland verschoben haben.

Abg. Paverezz (Dnt.) nennt das Gesetz ein typisches Kind des Marxismus.

Die Pensionskürzung beim Vorhandensein eines Privateinkommens bedeute, daß Arbeitswille und Arbeitsfreude bestraft werden. Die Festlegung einer Höchst Pension müsse abgelehnt werden. Am Schluß der Erklärung heißt es, daß die deutsch-nationale Fraktion den wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes nicht zustimmen könne.

Abg. Krone (Str.) begrüßte den vorliegenden Gesetzentwurf. Das Auftreten der Nationalsozialisten habe in starkem Widerspruch zu ihrer Haltung im Wahlkampf, wo sie die hohen Pensionen heftig bekämpft hätten. Im Ausschuss werde diese Partei zugunsten werden, Farbe zu bekennen.

Abg. Morath (DVP.) stellt fest, daß seine Partei den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen müsse, da er an den Grundlagen des Berufsbeamtenwesens rüttelt.

sehen werden, so muß natürlich auch betont werden, daß es doch notwendig sein wird, in diesem oder jenem Stützel Korrekturen einzuwirken zu lassen. Falls dies erreicht werden kann, so steht einer En-bloc-Akzeptanz schon aus Zweckmäßigkeitsgründen nichts im Wege.

## Die Kommunisten geben die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg zu

In Pirmasens entdeckte die Polizei bei erneuten Erhebungen in der Bombenattentatsangelegenheit des kommunistischen Antifaschisten-Bundes ein ganzes Lager von sprengfertigen Bomben. Etwa ein Dutzend dieser Bomben war aus alten Militärgranaten zum Teil größten Kalibers hergestellt. Dazu wurde noch verschiedenes Material für die Herstellung von weiteren Sprengkörpern, wie Sprengstoff, Zündhütchen, Zündschnüre usw. gefunden. Von maßgebender Seite wird dazu erklärt, daß die Bomben noch eigenen Angaben der Hersteller in einem künftigen Bürgerkrieg, insbesondere gegen den Faschismus, Verwendung finden sollten. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Bisher sind 24 Personen ins Gefängnis eingeliefert worden.

## Debatte im amerikanischen Senat über Kriegsschuldlage und Reparationen

### Außenpolitische Debatte erst nach der Genfer Tagung

Der Reichstag lehnte am Dienstagabend den nationalsozialistischen Antrag, auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung eine außenpolitische Aussprache zu setzen, gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen, der Kommunisten, des Landvolks und einiger christlich-sozialer Abgeordneter ab.

Diesem Beschluß war eine längere zum Teil stürmische Geschäftsordnungsaussprache vorausgegangen, in der die Oppositionsparteien die Ansicht vertraten, daß die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss unbedingt notwendig seien und daß der geeignete Platz für die Reden des Außenministers nicht der Reichstag, sondern der Reichstag sei.

Dr. Ullrich (Zentrum) vertrat die Ansicht, daß der Wert einer solchen Aussprache für die Deutschen in Ostpreußen sehr zweifelhaft sei. Die Reichsregierung habe ja schon die erforderlichen Schritte unternommen. Eine Aussprache würde nur zu empfindlichen Störungen der deutschen Interessen führen.

Dr. Kleiner (Dtn. V.) vertrat den Standpunkt, daß die deutschen Volksgenossen in Ostpreußen im Gegenteil durchaus auf eine solche Aussprache Wert legten und hofften, vom Reichstag in ihrem Kampf unterstützt zu werden.

Die einzige Waffe bei der deutschen Wechsellage sei eine große Willens- und Energie der gesamten Nation für die bedrohten Brüder.

Schmidt-Hannover (Dtn. V.) betonte, die außenpolitische Aussprache solle ja auch das ganze Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund klären.

In der Sitzung am Mittwochnachmittag werden nur kleine Vorlagen beraten werden. Außerdem wird die Aussprache über das Pensionskürzungsgezet fortgeführt.

Es wäre ein Mangel an Ehrlichkeit, wenn nicht festgestellt würde, daß der Abkommensentwurf sehr weit hinter den Hoffnungen und Erwartungen zurückbleibe.

Das Erreichte entspreche nicht den Versprechungen für eine Herabsetzung der Rüstungen, die angestrebt werde. Schwere Verantwortung lasse jetzt auf den Regierungen. Offen und ehrlich müßten die Delegierten ihren Regierungen über die Mängel des Abrüstungsabkommens berichten und die Regierung auf die große Verantwortung verweisen, die ihnen obliege, damit auf der kommenden Konferenz ein Erfolg herbeigeführt werde.

Graf Bernstorff sprach darauf im Namen der deutschen Regierung. Er stellte fest, daß er mit dem amerikanischen Vorkonferenzbericht in den wesentlichen Punkten übereinstimme. Er läßt dann u. a. fort: Die Völker haben einen sicheren Instinkt der Tatsachen, sie werden in diesem komplizierten Vertragswert das Wesentliche, den starken Willen zur Abrüstung, vermissen. Mit der kommenden Konferenz ist zur Erreichung des Zieles der Abrüstung, für das die deutsche Regierung sich nach wie vor mit allen Kräften einsetzt, die letzte Chance gegeben.

Aufgabe der Konferenz wird es sein, das Problem in einer ganz anderen Weise einzufassen als bisher, und so den Gedanken einer wirklichen Sicherung des Friedens durch die Tat zu verwirklichen.

Sie wird diese Aufgabe nur dann lösen können, wenn sie sich getragen fühlt von der öffentlichen Meinung der Welt. Ich kann daher heute nur noch einmal den dringenden Appell an die Völker richten, dafür zu sorgen, daß ihre Regierungen diese Aufgabe jetzt endlich erkennen und vor ihr nicht versagen. Mögen die Völker nicht vergessen, welche schwere Gefahren am Horizont erscheinen könnten, wenn die Aufgabe der Abrüstung nicht erfüllt wird.

Nach Bernstorff ergriff Rastall (Frankreich) das Wort. Er stellte das Abrüstungsproblem in den Gesamtrahmen der französischen Sicherheitspolitik und forderte eine verbindliche Lösung der Sicherheitsfragen als entscheidende Voraussetzung für die Lösung des Abrüstungsproblems. Der polnische Vertreter wandte sich gegen die angebliche Kriegspropaganda in einigen Ländern. Die Vertreter der kleinen Entente forderten geschlossenen weitgehende Garantien für die Sicherheit.

Der Vertreter von Bulgarien wies darauf hin, daß ein völlig entwaflnetes Land heute das Einfallstor für alle übrigen Staaten bilde.

Der Vertreter Italiens, General Marinis, erklärte, er hoffe, daß die Abrüstungskonferenz endlich mit den untragbaren Rüstungsunterschieden Schluss machen und gleichmäßige Sicherheitsgarantien für alle Völker schaffen werde.

In der Schlussrede wies der Präsident darauf hin, daß der Abkommensentwurf nunmehr sämtlichen Regierungen zugehe, von denen es jetzt abhängt, ob die Abrüstungskonferenz bald zusammentreten könne.

## Debatte im amerikanischen Senat über Kriegsschuldlage und Reparationen

Der Kampf um die Revision der interalliierten Schuldverträge und die Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen führte, wie aus New York gemeldet wird, in der Senatsitzung am Dienstag zu einer unerwartet heftigen Aussprache über die Kriegsschuldlage. Der Senator Copeland (Demokrat) hatte beantragt, einen Zeitungsartikel über die ernste Wirtschaftslage in Deutschland im Publikationsorgan des Kongresses zu veröffentlichen. Der Senator Reed (Republikaner) protestierte heftig dagegen und erklärte, Deutschland habe seine eigenen Kriegsschulden durch die Inflation sozusagen getilgt, seine jährliche Reparationslast betrage nur 480 Millionen Dollar, während England die ungleich größere Summe von 2 Milliarden Dollar an jährlicher Verzinsung seiner Kriegsschuld aufbringen müsse.

Amerika dürfe nicht den Fehler begehen, zu sehr mit Deutschland zu sympathisieren, um so mehr als dieses die Verantwortung am Kriege trage. Ueberdies müßten die alliierten Mächte ihren Steuerzahlern größere Lasten auferlegen, wenn Deutschland die Reparationen erlassen würden. Die Folge davon wäre unweigerlich eine Propaganda zugunsten der Streichung der alliierten Schulden an Amerika, so daß der amerikanische Steuerzahler letzten Endes die Kriegskosten zu tragen hätte.

Kritisierte dann die Haltung Frankreichs, dem Amerika zwei Drittel seiner Schulden erlassen habe und das jetzt die wohlhabendste Nation der Welt sei.

und keinerlei Arbeitslose bestie. Er hoffe, daß die Agitation zugunsten der Streichung der alliierten Schulden und der deutschen Reparationen endlich aufhöre werde.

## Hoover droht mit Steuererhöhung

In einer sehr scharf formulierten Presseerklärung wendet sich Präsident Hoover gegen die typischen Haushaltsmehrforderungen des Kongresses, deren Vermittlung einen Schatzbetrag von 500 Millionen Dollar im Haushalts 1932 geschaffen würde. Der Präsident erklärt, daß die im Haushaltsentwurf aufgeführten Ausgaben die äußerste Grenze der Tragbarkeit bedeuten, andernfalls sei eine Steuererhöhung unvermeidlich.

Er könne Reeds These von der Allerschuld Deutschlands am Kriege unmöglich anerkennen. Frankreich, Großbritannien und die übrigen europäischen Staaten seien mindestens mit-schuldig.

Senator Copeland ermahnte schließlich Amerika, nicht harterzig gegenüber Deutschland zu sein. Das Reich habe seine bisherigen Reparationsleistungen ausschließlich mit geliehenem Geld bezahlt. Frankreich, das mit deutschem Geld und deutschen Waren überflutet sei, sei ein Konkurrent Amerikas auf den südamerikanischen Märkten geworden. Wenn Amerika auf Zahlung der Reparationen bestände, erwürge es sich vielleicht selbst.

## Die Deutschen werden sich nicht damit abfinden

Am Dienstagnachmittag wurde der neue schlesische Sejm durch den Wojwoden Gracynski eröffnet. In seiner Aussprache beschäftigte er sich auch mit der deutschen Note an den Völkerbund. Die Deutschen müßten sich damit abfinden, daß sie daselbst losgerückt hätten, wie alle übrigen politischen Gruppen. Der Wojwode bekräftigt erneut, daß sich der Wahlkampf insonderheit gegen die Deutschen gerichtet hätte. Im Namen der Regierung könne er erklären, daß alle Ausschreitungen ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit verurteilt würden.

Ein Dringlichkeitsantrag, der die sofortige Freilassung Korlants verlangt, wurde dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

## Wer nicht für die Regierung spricht, wird mundtot gemacht

In der Sejm-sitzung in Warschau wurde der Abgeordnete des Regierungsblokes und frühere Ministerpräsident Dr. Swiatkowski zum Sejmarschall gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte er, er werde keine Reden halten, die den Zweck einer innerpolitischen Agitation oder einer Demonstration für das Ausland verfolgten. Jede Tagesordnung werde erst nach Rücksprache mit der Regierung auf-

## Ein Kabinett der „Persönlichkeiten“

Arbeitsminister Laval hat noch in den späten Abendstunden des Dienstag den Präsidenten der französischen Republik über die neue Lage unterrichtet. Laval wird ein Kabinett der Persönlichkeiten zusammenstellen, das sich in der Kammer auf die Landvolksmehrheit stützt und im Senat durch die Einbeziehung einiger linksgerichteter Senatoren seine Grundlage wesentlich erweitert.

## Hochbetrieb in Sabotage-Prozessen

Nach einer Mitteilung aus Chabarowsk hat die DVP. etwa 80 Personen verhaftet, die beschuldigt werden, Sabotage in den russischen Rüstungsbetrieben getrieben zu haben. Der neue Mienenprozeß wird Anfang nächsten Jahres in Chabarowsk beginnen.

## Weiterverursachung

Meist schwache, nach westlichen Richtungen brechende Winde. Hauptächlich trüb und neblig. Leichter Temperaturanstieg. weise Niederschläge.

# Worte tun's nicht — der Wille muß sich durchsetzen

## Der „Erfolg“ fünfjähriger Arbeit

Der vorbereitende Abrüstungsausschuss hat am Dienstag nach 5½-jähriger Tätigkeit seine Verhandlungen endgültig abgeschlossen. Der Weg für die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz durch den Völkerbundrat ist damit offen. In der Schlussitzung nahm zunächst der Führer der sowjetrussischen Abordnung Lunatscharski das Wort. Er verlas eine umfangreiche

schwänglichen Ausdrücken die Ergebnisse der Verhandlungen.

Lord Robert Cecil bezeichnete das Abkommen als eine geeignete Grundlage für eine allgemeine Begrenzung der Rüstungen. Das letzte Wort liegt jetzt bei den Völkern, nicht mehr beim Völkerbundsrat. Die Welt werde nur dann abrüsten, wenn die Völker es wirklich wollten. Die deutsche Abordnung habe eine Abrüstung im Umfange der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages verlangt. Dies sei jedoch gegenwärtig nur im Rahmen des Abkommensentwurfes des Völkerbundes möglich.

Im Namen der amerikanischen Regierung gab sodann Vorkonferenz-Vizepräsident eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte, daß man nach scharfen Kämpfen nunmehr doch zu einer Einigung gelangt sei. Die Verhandlungen seien überschattet gewesen von dem meist unausgesprochenen Bestreben zahlreicher Regierungen für ihre nationale Sicherheit.

Dentschrift, in der die Moskauer Regierung das Abrüstungsabkommen in allen Punkten auf das schärfste kritisiert, das Abkommen in seiner Gesamtheit ablehnt und jede Verantwortung für das Abkommen von sich weist, daß die Möglichkeit neuer Rüstungen offen lasse.

Politik-Griechenland lobte in über-